

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz).**  
Verlag  
der  
**Vollbuchhandlung**  
Gottlingen-Zürich.  
Vollsendungen  
franco gegen franco  
Geldbriefe  
nach der Schweiz folgen  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Donnerstag, 21. November

[20 November]

Abonnement

werden bei allen Schmelzerischen  
Verlagern, sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Agenten  
eingekauft, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Direktjahrespreis von:  
Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzbank)  
Fr. 3 — für Deutschland (Goudent)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Goudent)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltpostvereins (Kreuzbank).

Inserte  
die beizugebende Zeitungs-  
25 Gth. — 30 Pfg.

1884.

№ 47.

Notiz an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, beim Versagen wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verkannt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu falschen Hauptadressen zu bringen, das unsere Freunde so leicht

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern es möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche es dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfänglicher Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich beidseitig gegenseitige Rückkommunikation. Genaue An- und Abgabe werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Was nun?

Sechshunderttausend Wähler haben bei den diesmaligen Wahlen den Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben.

Soweit diese Wähler nicht selbst überzeugte Sozialdemokraten sind, kannten sie wenigstens das Programm und die Bestrebungen unserer Partei, sei es aus unseren Flugblättern, sei es — wo diese nicht hindrangen — aus den Flugblättern unserer Gegner.

Trotzdem unsere Gegner ihnen unsere Bestrebungen in den schwärzesten Farben darstellten, uns als blindwühende Umstürzler schilderten, wählten sie unsere Kandidaten.

Was man auch sonst zur Verfeinerung unseres Wahlsieges vorbringen möge, diese Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen. Ihr Gewicht läßt sich nicht verkleinern.

Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen, das ist das Lieblingswort unserer Gegner. Sei's drum. Ihre Sache gewinnt damit keineswegs.

Wo wurde am stärksten für uns gewählt? In den Zentren des industriellen und geistigen Lebens, wo das politische Bewußtsein am höchsten entwickelt ist, wo auch der Arbeiter sich als gleichberechtigter Staatsbürger fühlt, wo ein Jeder weiß, warum und für wen er stimmt.

Unsere Gegner aber finden ihre Burgen da, wo das politische Leben unentwickelt ist, wo der persönliche Einfluß des Gutsbesizers, des Fabrikanten, des Meisters auf den Lohnsklaven sich auch über das Arbeitsverhältnis hinaus erstreckt, wo der Arbeiter noch auf Kommando wählt.

Würde man von der Zahl der in ganz Deutschland abgegebenen Stimmen die abziehen, welche nicht aus freier Ueberzeugung des Stimmenden und unter voller Kenntnis ihrer Tragweite abgegeben wurden, so würde eine Zahl übrig bleiben, der gegenüber unsere sechshunderttausend Stimmen mindestens vierfach an Gewicht gewinnen.

Was aber bedeuten unsere Stimmen? Sie bedeuten einen energischen Protest gegen die heutigen politischen und wirtschaftlichen Zustände. Sie sind, und das kann und wird Niemand bestreiten, ein Zeugnis für eine tiefgehende Unzufriedenheit in der arbeitenden Bevölkerung. Diese sechshunderttausend Wähler verlangen durchgreifende Maßregeln zur Verbesserung ihrer Lage.

Die Zahl der Unzufriedenen wird durch die Zahl unserer Wähler bei Weitem noch nicht erreicht. Was haben nicht unsere Gegner — allen voran die Kandidaten der Regierungsparteien — den Wählern Alles versprochen! Figurierten nicht auf allen ihren Programmen und Wahlmanifesten obenan die Worte: Soziales Königthum — soziale Reformen?

Unsere Wähler, das sind diejenigen, welche, gewöhnt durch politische Erfahrungen, diesen Versprechungen nicht trauten. Sie gaben ihrem Verlangen nach durchgreifenden sozialen Reformen durch die Wahl von Sozialdemokraten Ausdruck.

Neben ihnen sind aber noch Hunderttausende mit den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen unzufrieden. Sie wählten nur deshalb nicht sozialdemokratisch, weil sie den Versprechungen, welche ihnen von anderer Seite gemacht worden sind, noch Glauben schenken.

Es wäre daher ein höchst verdienstvolles Werk, die Wahlaufträge zu sammeln, welche die verschiedenen Parteien ausgegeben haben, und aus ihnen festzustellen, was sie Alles dem Volke vor der Wahl versprochen. Gewisse Leute haben bekanntlich ein sehr kurzes Gedächtnis.

Laßen wir aber diese Frage für heute bei Seite und bleiben wir bei den sechshunderttausend sozialdemokratischen Wählern. Was diese mindestens wollen, ist nicht abzuleugnen:

**Brot und Freiheit!**  
Sie wollen auf keine ihrer politischen Rechte verzichten, sondern verlangen Erweiterung derselben. Sie wollen, daß die Polizeiherrschaft aufhöre, die heute jede freie Regung der Arbeiterklasse hemmt.

Wenn wir in voriger Nummer meinten, daß unsere Genossen im Reichstag wahrscheinlich sofort die Aushebung des Ausnahmegesetzes beantragen werden, so hatten wir dabei nicht die Interessen unserer Partei als solcher im Auge — die Wahlen haben gezeigt, daß wir trotz Sozialistengesetz für unsere Sache zu wirken wissen — sondern die allgemeinen Interessen der Arbeiter überhaupt.

Mehr als unsere Partei leiden die nichtsozialistischen Arbeiterorganisationen unter dem Sozialistengesetz. Dasselbe schädigt die Arbeiterklasse als solche im Kampfe für die Wahrung ihrer Interessen. Da es das nach der Behauptung seiner Verfasser nicht soll, das aber, was es soll — unsere Partei unterdrücken! — nicht vermag, so ist nichts Logischer, als es aufzuheben.

In sich wäre ein solcher Antrag also wohl begründet. Die Frage ist höchstens, ob er der dringendste ist. Darüber mögen unsere Abgeordneten selbst entscheiden.

Denn ihre Wähler verlangen von ihnen auch energisches Eintreten für soziale Reformen. Und, wie es schon oft an dieser Stelle ausgeführt worden ist, eine ernsthafte Sozialreform muß da eingreifen, wo die Quelle aller sozialen Schäden ihren Sitz hat: in die Produktionsverhältnisse. Wie man den Kurpfuscher in der Medizin daran erkennt, daß er die Symptome der Krankheit für die Krankheit selbst nimmt, so auch den Kurpfuscher auf sozialpolitischem Gebiet: gleich ersterem hat derselbe eine heilige Scheu davor, das Uebel an der Wurzel anzupacken.

Recht zeitgemäß erscheint uns daher die nachstehende Erinnerung:

Im Jahre 1877 hatten unsere damaligen Abgeordneten dem deutschen Reichstag ein Arbeiterschutzesgesetz vorgelegt, das allerdings nicht den Beifall der hohen Herren fand; indes, damals regierte eben noch Delbrück, der Repräsentant des orthodoxen „Manchesterthums.“ Wir schreiben jetzt 1884. Delbrück ist gestürzt, die abgelassenen Wahlen haben, wie die „Norddeutsche Allgemeine“, Bismarck's Leiborgan, schreibt, eine eklatante Niederlage des Manchesterthums erzeuht, wäre es da nicht an der Zeit, das 1878 durch den Schuß von Hübner und Robiling unterbrochene Werk fortzusetzen? Wir wären doch neugierig, mit welchen Argumenten Bismarck und seine Trabanten Böcker, Gampe u. s. w. heute einem Arbeiterschutzesgesetz entgegenzutreten wollten.

Und ein solches ist sicherlich dringend notwendig. Schon steht in vielen Branchen auf's Neue das Gespenst der Arbeitslosigkeit — diese Kalamität für die Ueberarbeit — vor der Thür, in anderen herrscht Arbeitslosigkeit bereits flüchtig neben Ueberarbeit, und in Amerika nahen bereits die Vorboten einer allgemeinen Krise mit all' ihren Schrecken. Kann die heutige Gesellschaft sie nicht verhindern, so hat sie doch ihr Möglichstes zu thun, ihren verheerenden Wirkungen nach Kräften vorzubeugen, und das kann nur durch Eingreifen in die Produktionsverhältnisse, nur durch gesetzliche Verkürzung des Arbeitstages, dieser Basis jedes gesunden Arbeiterschutzes, geschehen.

Ehedem mochte man solchen Gesetzen mit dem Hinweise darauf begegnen, daß der Staat nicht in die wirtschaftlichen Verhältnisse eingreifen dürfe; nachdem aber die Hinsüßigkeit dieses Satzes von den heutigen Machthabern so überzeugend nachgewiesen worden ist, daß selbst die Nationalliberalen eines Besseren belehrt worden sind, haben wir diesen Einwand nicht zu fürchten. Wir haben also nur den Nachweis zu liefern, daß ein durchgreifender Arbeiterschutz notwendig ist. Und an dem soll es nicht fehlen. Daß das Bedürfnis nach einem solchen von den arbeitenden Klassen empfunden wird, das beweisen, wie gesagt, unsere sechshunderttausend Stimmen.

Die wirtschaftliche Freiheit, wie sie das sogenannte Manchesterthum lehrt, besteht in der Freiheit von Handel und Verkehr und in der Freiheit des Ausbeutens. Bis jetzt hat man nur im Interesse gewisser einflußreicher Kreise der herrschenden Klassen in die Freiheit von Handel und Verkehr Breche gelegt, jetzt heißt es, im Interesse der Arbeiter in die Ausbeutungsfreiheit Breche zu legen.

Unsere Abgeordneten brauchen also nur das 1877 begonnene Werk, natürlich zeitgemäß erweitert, wieder aufzunehmen. Sache der nichtsozialistischen Gegner des Manchesterthums wird es dann sein, ihre oft behauptete Arbeiterfreundlichkeit durch die That zu beweisen, indem sie uns helfen, der Ausbeutungsfreiheit gehörige Riegel anzulegen.

Sie sollen ihre Freude an uns erleben.

## Unsere Stichwahlen.

Die Nachricht, daß in Kassel Pfannkuch gestiegen habe, welche wir in voriger Nummer noch nachtragen zu müssen glaubten, hat sich leider als verfrüht erwiesen. Die ländlichen Bezirke schließlich doch dem konservativen Agrarier Loh die Majorität gebracht. Dafür haben wir aber heute von einer ganzen Reihe weiterer Siege zu berichten.

Es wurden noch sozialistische Abgeordnete gewählt:

Wahlkreis	Kandidat	Quantwahl	Stimmzahl	Gegner
20) Berlin VI*)	Hafenclaver	24,258	24,465	722
21) Gotha	W. Bod	8,168	10,754	6,938
22) Braunschweig-Blantenburg	W. Bloss	6,767	10,994	9,994
23) Auerbach-Reichenbach (24. jährl. Wahlkreis)	W. Kayser	4,064	9,041	7,841
24) Gera (Neuh. j. L.)	H. Rüdiger	5,599	6,932	5,820

\*) Die Fortschrittler hatten angesichts der totalen Ausschüttelbarkeit ihrer Sache im VI. Berliner Wahlkreis, und wohl auch aus — beiläufig gar nicht ungeschickter — Wahltaktik erklärt, daß sie vom Kampfe zurücktraten und ihr Wahlbureau schon vor dem Wahltag geschlossen. Das hat aber unsere wackeren Berliner Genossen nicht abgehalten, auf's Neue vollständig an der Urne zu erscheinen. Doch „das ist ein Volk wie aus Gifengut.“

Es sind unterlegen in der Stichwahl:

Wahlkreis	Kandidat	Quantwahl	Stimmzahl	Gegner
8) Kassel	W. Pfannkuch	4,187	7,784	7,876
9) Kiel	St. Feinzel	7,775	9,167	13,597

Von den 24 Stichwahlen sind somit nur 9 ungünstig für uns verlaufen, während wir in 15 derselben siegreich waren.

In Frankfurt a. M. Speier ist Dreesbach mit 7,259 gegen 10,756 Stimmen, welche sein nationalliberaler Gegner erhielt, unterlegen.

Im Ganzen haben also 24 Wahlkreise diesmal sozialistisch gewählt; da zwei Kandidaten doppelt gewählt wurden (Bloss in Kreis und Braunschweig, Hafenclaver in Breslau und Berlin VI), so beläuft sich die Zahl der Abgeordneten der Sozialdemokratie vorderhand auf 22.

Wir siegten bei der Stichwahl in:

7 Kreise gegen Deutschfreisinnige,
4 " " Nationalliberale Ordnungskandidaten,
2 " " Ultramontane,
1 " " Volksparteiler,
1 " " Weisen.

Wir unterlagen in:

2 Kreise gegen Deutschfreisinnige,
3 " " Nationalliberale Ordnungskandidaten,
2 " " Konservative,
1 " " Ultramontane,
1 " " Antisemiten.

Von unserem Bestände in der vorigen Legislaturperiode haben wir eingebüßt:

3 Wahlkreise: Freiberg-Deberan; Mittweida-Frankenber; Janau-Gelnhausen.

Zurückerobert haben wir diesmal:

7 Wahlkreise: Berlin IV und VI; Altona-Stomarn; Glauchau-Reutano; Auerbach-Kirchberg; Leipzig-Land; Silberfeld-Barmen.

Zum ersten Male erobert haben wir diesmal:

7 Wahlkreise: Braunschweig-Blantenburg; Frankfurt a. M.; Gotha; Hannover; Magdeburg; München II; Neuh. j. L. (Gera).

Von den gewählten Abgeordneten haben 13 bereits in früheren Sessionen unsere Partei im Reichstage vertreten:

Kuer, Behel, Bloss, Diez, Frohme, Geiser, Grillenberg, Hafenclaver, Kayser, Krücker, Liedtke, Stolte, Vollmar.

Reulinge sind 9:

W. Bod, Schuhmacher; W. Harm, Kleinhandl.; Kug. Heine, Hutmacher; H. Reiser, Cigarrenarbeiter; Hugo Rüdiger, Kunsttischler; W. Sabor, Lehrer; Georg Schuhmacher, Weisgerber und Lederhändler; Paul Singer, Fabrikant; L. Bierck, Journalist.

Nicht wiedergewählt wurde 1: Rittinghausen.

## Frankfurteriana.

Wir haben ein Unrecht wieder gut zu machen. In unserer vorigen Nummer stellten wir der „Frankfurter Zeitung“ das Zeugnis aus, daß sie nach der Niederlage ihres Sonnemann mit leidlichem Anstande resignirt habe und „auch jetzt der Situation angemessener schreibe.“ Das war sehr voreilig von uns, und wir sind heute in die unangenehme Lage versetzt, uns dementiren, jenes Zeugnis in aller Form zurückzunehmen zu müssen.

Die „Frankfurter Zeitung“ nimmt nach wie vor unserer Partei gegenüber eine Haltung ein, die weder anständig, noch der politischen Situation angemessen, sondern nicht nur kleinlich und gehässig, sondern auch höchst reaktionär ist.

Als das Organ des Herrn Sonnemann ob der That, daß unser Kandidat in der bisherigen Domäne der Volkspartei, in Frankfurt am Main, mehr Stimmen erhalten hatte als Ersterer, alle Fassung verlor und in würdeloser Weise an die Solidarität der reaktionären Masse appellirte, da konnte man das allenfalls noch durch die Hitze des Kampfes, durch die Situation, entschuldigen. Und soia n'est pas coutume — eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Wir sind uns zwar der freundschaftlichen Gesinnung, welche man in Frankfurt a. M., oder richtiger: in der Schenkeimergasse, gegen unsere Partei hegt, vollkommen bewußt und sind weit entfernt, Liebe und Freundlichkeit von dieser Seite her zu erwarten; was wir aber von einem Organ erwarten zu dürfen meinen, welches vorgibt, der Sache der Demokratie zu dienen, und welches von Leuten redigirt wird, die keine politischen Reulinge sind, ist, daß es, wenn nicht aus eigenem Anstandesgefühl, so wenigstens aus politischer Klugheit, nicht eine Partei fortgesetzt beleidigt, die unter den schwierigsten Umständen und auf Kosten ihrer eigenen Aktionsfreiheit die Fahne der politischen Freiheit hochgehalten hat, was der Sozialdemokratie selbst Herr Dr. Stern nicht abstreiten kann.

Wohlgerührt, wir beschwerten uns nicht über Angriffe von Seiten der „Frankfurter Zeitung“. Und anzugreifen, ist ein Recht, welches wir ihr zu allererst bestreiten werden. Was wir ihr aber nicht ungestraft hingehen lassen werden, das ist die verlogene Art und Weise, mit der sie uns fortgesetzt verächtigt, das ist die höchst undemokratische Taktik, welche sie gegen unsere Partei neuerdings einschlägt und zu propagiren sucht.

Kein Zweifel, daß die Bismärcker bei der diesmaligen Wahl einen höchst schmutzigen Arbeiterfang zu insinieren versuchten. Im ersten Wahlgang versuchten sie, uns die Stimmen der Arbeiter durch demagogische Versprechungen wegzulocken, und als ihnen das nicht gelungen war, versuchten sie bei den Stichwahlen, uns selbst gegen die bürgerlichen Oppositionsparteien auszuspielen. Wir haben keinen Augenblick unterlassen, diese Manöver als das zu kennzeichnen, was sie sind. Wir haben vom ersten Augenblick an, da wir merkten, daß solche Absicht bestand, die Arbeiter vor derselben gewarnt.

Was aber that die „Frankfurter Zeitung“?

Sie begnügte sich nicht damit, die Demagogie der Regierungorgane zu kennzeichnen. Wo sie nur konnte, suchte sie die Sache als ein Bündnis zwischen uns und den Bismärckern hinzustellen. Wo nur unsere Partei bei den Stichwahlen erfolgreich war, da ward sofort jene alberne Rechnung aufgestellt, die darauf beruht, daß wir schon bei der ersten Wahl unsere Anhänger bis auf den letzten Mann zur Uene bringen, daß also der Zuwachs aus den Reihen der anderen Parteien kommen muß.

Die Sozialisten des Auslandes über die deutschen Wahlen. „Lyon socialiste“, das Organ der Sozialisten Lyons, begründete das Wahlergebnis vom 28. Oktober mit nachfolgendem Artikel:

Die Lyoner Arbeiterpartei an die deutschen Arbeiter.

„Danke Eurer Einigkeit und Eurer Energie hat das sozialistische Proletariat seinen glänzenden Sieg in Deutschland errungen. Die Arbeiterpartei des Bezirkes Lyon (Sektion der französischen Arbeiterpartei Roanener Programms) benutzt mit Freuden die Gelegenheit, ihrer Solidarität, die sie mit Euch eint, Ausdruck zu geben.

Die Macht der Monarchen und Bourgeoisregierungen beruht zum großen Theile auf dem Haße der Völker wider einander. Indem sie die Völker gegen einander in's Feld führen, Haß unter sie säen, hoffen sie, den sozialistischen Bestrebungen im Proletariat Abbruch zu thun und die Lösung der sozialen Frage hinauszuschieben, der einzigen Frage, welche die Arbeiter kümmert.

So sucht man in Frankreich längst vergessenen Haß wieder aufzuwärmen, unter dem Deckmantel der Vaterlandsliebe die, welche jenseits der Grenzen wohnen, als Feinde hinzustellen. Diese Bemühungen sind vergeblich, denn für uns kann das Vaterland nicht durch den Willen eines Despoten bestimmt werden. Weder Berge noch Flüsse bezeichnen die Grenzen unseres Vaterlandes; es ist überall da, wo es Lebende, Ausgebeutete, Enterbte gibt, überall da, wo es ein Volk gibt. Die Menschheit ist unser Vaterland.

Nicht der Deutsche, noch der Engländer, noch der Italiener, der Araber oder der Chinese ist unser Feind. Unser Feind ist derselbe wie der Euer, es ist der Feind aller Völker: der Tyrann, der Despot, der Kapitalist. Alle diejenigen, welche, sei es unter welcher Form immer, die Völker in Knechtschaft und Elend halten, vom Jaren aller Neuffen bis zu sogenannten französischen Republik.

Dies ist auch der Feind, gegen den Ihr in diesen Tagen so tapfer gekämpft habt. Empfangt dazu, deutsche Arbeiterbrüder, unsere lebhaftesten Glückwünsche; von Herzen wünschen wir, daß die Stichwahlen Euren Erfolg noch großartiger gestalten, Eure Bemühungen voll und ganz belohnen mögen, bis der Tag kommt, da das Proletariat aller Länder, von seinen Bourgeois befreit, seiner Klasseninteressen sich bedient, sich erhebt, die ungerechte Gesellschaftsordnung, die es knechtet stürzt und endlich das Reich der Gerechtigkeit, der wahren Freiheit errichtet wird.

Es leben die deutschen Arbeiter! Hoch die soziale Revolution!

Neben vorstehendem Aufruf enthält unser Bruderorgan „Lyon Socialiste“ noch mehrere Artikel und Notizen, welche die Wahlen in Deutschland behandeln und die Konsequenzen für die französischen Sozialisten daraus ziehen. Da heißt es z. B.:

„Warum hat sich Frankreich in der sozialistischen Entwicklung überholen lassen? Gesetzen wir es ein! Weil wir in Frankreich keine Männer der Aktion oder doch nicht der stetigen Aktion sind; weil die meisten von uns es verschmähen, auf die Thatfachen Rücksicht zu nehmen. Krankhafte Träumer, die wir das Studium verabscheuen, verfehlene Erfinder, halten wir uns für Revolutionäre, wenn wir chimärische Gesellschaften in unserem Kopf konstruieren. Wir verwechseln die ermüdende und ziellose Bewegung mit der zielbewußten Aktion, die Erfolge zeitigt.“

Wer wagt es, angesichts solcher Sprache noch vom Chauvinismus der französischen Sozialisten zu reden!

— ms. „Die Sozialdemokratie dient der Reaktion“ — das ist das alte tausendmal, namentlich zu Lassalle's Zeiten, heruntergeleiertes Lied, das uns in der fortschrittlichen und volksparteilichen Presse jetzt wieder vorgeleiert wird. Daß wir in dieser Wahlkampagne den Herren Fortschrittler und Volksparteilern sehr übel zugelegt und damit deren reaktionären Segnern hier und da eine kleine Freude bereitet haben, das gestehen wir leichtest Jedem zu; aber der „Reaktion“ wäre durch unsere Fortschritte doch bloß dann genügt, wenn die Fortschrittler und Volksparteiler ernsthaft Feinde der „Reaktion“ und ihre feindlicher und gefährlicher wären als die Sozialdemokraten.

Das aber behaupten, heißt einfach sich lächerlich machen. Daß die Fortschrittler und ihr volksparteilicher Schwanz auf soziale Gebiet durch und durch reaktionär, nämlich für die Erhaltung der Grund-

„Die Nationalliberalen haben den dritten Hamburger Sitz für Herrn Börmann gewonnen. Sie danken diesen Gewinn wesentlich dem Fortschritt oder richtiger dem Bürgersinn der Hamburger, der sich dagegen aufbäumte, Hamburgs gesammelte Vertretung in den Händen der Sozialdemokratie zu sehen, und über Parteibitterkeit und persönliche Boreingenommenheit den Sieg davontrug. Die namhaftesten Führer des Fortschritts waren in letzter Stunde mit aller Entschiedenheit für Börmann eingetreten, nicht für den nationalliberalen Politiker, sondern für den mit den Verhältnissen Hamburgs verwichenen Bürger, den Rheber und Großkaufmann. Das werden die Nationalliberalen, wenn sie ehrlich sein wollen, zur Beschämung ihrer Parteigenossen im Reiche eingestehen und anerkennen müssen.“

Der Rheber und Großkaufmann — da liegt der Hund begraben!

Heinzel ist ja nur ein simpler Schreibermeister, er kennt zwar die Leiden und Bedürfnisse der Arbeiter, er weiß, wo den Handwerkler der Schuh drückt, aber was will das sagen gegenüber dem Rheber und Großkaufmann! Die armen Rheber brauchen vor allen Dingen eine Vertretung im Reichstag. Wie hoch stehen die Hamburger Fortschrittler gegenüber den Frankfurter Nationalliberalen, die sich nicht entschließen konnten, für den Großkaufmann Sonnemann gegen den Lehrer Sabor zu stimmen!

Aber wie ist und denn? Auch Herr Dr. Koe ist ja Lehrer. Wie nun, wenn Koe und Börmann in die Stichwahl gekommen wären? Nach der „Frankfurter Zeitung“ hätten die Hamburger Wähler ihren Bürgersinn am schönsten dadurch bekundet, wenn sie für „den mit den Verhältnissen Hamburgs verwichenen Bürger, den Rheber und Großkaufmann“, gestimmt hätten. Ihr Jubel über den Sieg Börmann's ist die Berurteilung der Kandidatur — Koe.

Weniger staatsmännisch gebildete Menschen finden meinen, daß ein politisch gesinnungsloser Mann, wie der Vorkämpfer der „Frankf. Zeitung“, in die Handelskammer oder hinter den Bundesrathsisch gehört, als Regierungskommissar, aber nicht auf die Bänke der Volksvertretung.

Die Konsequenz der Sachverständigen-Theorie, wie sie die Frankfurterin hier plötzlich aufsticht, heißt Volkswirtschaftsrath. Und warum dieser unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen Deutschlands nur eine willenlose Regierungsmaschine sein kann, braucht nicht erst noch bewiesen zu werden.

Wie sehr der Appell an die „Solidarität des Bürgerthums“ gegenüber der aufstrebenden Arbeiterklasse der Reaktion zugutekommt, dafür liefert Sachsen das sprechendste Beispiel; die „Partei der Ordnung“ muß an die bornirte Denkwiese des zurückgebliebenen Pfahlbürgerthums appelliren, wenn sie Erfolge erzielen will. Darüber kann heute kein Zweifel mehr bestehen. Ein Appell an die „Solidarität des Bürgerthums“ ist Verrath an der Sache des Fortschritts, an der Demokratie.

Wir wollen hier nicht in die Frage eintreten, inwieweit die bürgerliche Demokratie in Deutschland überhaupt heute noch Existenzberechtigung hat. Soviel aber ist klar: wenn sie sich mit der That, daß hinter ihr die proletarische Demokratie kämpft, nicht abfinden kann, wenn sie ihre Anklage nicht wider die reaktionären Elemente in Staat und Gesellschaft, sondern wider die aufstrebende Arbeiterpartei lehrt, dann unterschreibt sie ihr eigenes Todesurtheil.

Und das hat die „Frankfurter Zeitung“ gethan. Sie hat den Bourgeoisstandpunkt in einer Weise hervorgehoben, wie Schimmer kein nationalliberales Blatt. Sie hat uns gezeigt, wessen wir uns in ersterer Situation von ihr zu versehen haben.

Dies zu konstatiren, war der Zweck dieses Artikels. Wir wollen ihn jedoch nicht schließen, ohne gezeigt zu haben, wie andere, nicht von der Staatsmannschaft erfasste Organe der bürgerlichen Demokratie das jammervolle Verhalten der Hamburger Fortschrittler beurtheilen.

In der fortschrittlichen „Berliner Volkszeitung“ vom 16. November lesen wir:

„Daß der Vorstand der freisinnigen Partei bei der Affäre eine sehr unglückliche, wenn nicht selbstmörderische Rolle gespielt hat, ist unzulugbar.“

... „Die Eroberung auch des dritten Hamburger Wahlkreises durch die Sozialdemokratie ist nur eine Frage der Zeit, seitdem es feststeht, daß durch die schwächliche Haltung des Freisinn beim Sozialistengegner und hier am Ort alle entscheideneren Bürgerlichen in die Reihen der Sozialdemokratie getrieben sind.“

Alle Entschieden zur Sozialdemokratie, die Schwächlichen zur Reaktion; die Letzteren, gestützt auf das gute Beispiel der demokratischen „Frankfurter Zeitung“.

die übrige Zeit, um der Erziehung der Kinder obzuliegen. Allerdings gibt es dort keine Paläste, aber Hütten, durch die der Wind pfeift, auch nicht. Der Viehstall in Zoar, welcher die schönsten Pferde und das beste Kind in Dhis beherbergen soll, ist entschieden besser und gesünder gebaut, als tausende von Arbeiterwohnungen anderwärts. Die Kunst wird dort auch gepflegt. Es besteht dort eine Musikkapelle, deren Mitglieder sich in ihren Aushustunden in dieser Kunst ausbilden.

Kußerdem wird die Kunstgärtnerei dort betrieben, und haben sie eine wundervolle Gärtnerei. Als ich in Zoar ankam, blühte gerade an dem Abend die „Königin der Nacht“, eine der seltensten und edelsten Blumen. Dieses Schauspiel wurde von Alt und Jung in Augenschein genommen, und der greise Gärtner gab über diese Blume eine ausführliche Erklärung. Alle Anwesenden lauschten dieser Belehrung mit Verständnis, und nach derselben begab sich Jeder frohen Muthes nach seiner Wohnung. Dieser Vorfall hat bei mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen.

Einen intelligenten jungen Mann fragte ich, ob man kein Gefängniß habe. Er antwortete, daß dergleichen hier nicht notwendig sei. Diebstahl, Raubmord, Betrügereien, Brandstiftung u. s. w. kenne man nicht. Niemand habe Ursache, irgend eines dieser Verbrechen zu begehen, denn wenn Jemand einem Anderen Schaden zufügt, hat er selbst darunter zu leiden.

Sie haben eine Kirche in Zoar, und der Kelteste hält allsonntäglich eine religiöse Vorlesung, doch ist die Religion mangellos. Die Nahrungsmittel sind unerschöpflich. Es hat Niemand ein Interesse daran, solche zu verfallischen, weil er sich nicht dadurch bereichern kann. Im Allgemeinen bietet die Kommune ein Bild der Zufriedenheit.

Stellen wir diesem Bild ein Bild aus der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber. Wie anders sieht es da aus! Da liegen im Hofsteghale 10,000 Kohlenräuber auf offenem Felde am Hungertuche nagend, in Fall River sind 10,000 Wollenweber auf's Pflaster geworfen und mit Weib und Kind dem Elend preisgegeben. Allerwärts herrscht Noth unter den Arbeitern. Bedenken Sie dieses Elend, und machen Sie einen Vergleich mit Zoar. Bei uns ist Todtschlag, Raub, Diebstahl, Betrug, Hungertypus, Verhörung von Eigentum und alle die häßlichen Geschwüre, welche unseren gesellschaftlichen Systeme anhängen, an der Tagesordnung. Wie sieht's mit unserer Jugend aus? Koh, verwaist und verkommen wächst sie auf, und was läßt sich für die Zukunft von derselben erwarten?

Frauen müssen in die Fabrik, und oft müssen sie mit den Kindern, die in die Schule gehörten, den vergeblich nach Arbeit suchenden Mann und Vater ernähren. Welches Recht hat solch eine Gesellschaft, die Kommune Zoar zu verlästern?

Vergleichen wir diese zwei Bilder genau und untersuchen wir, was die Ursache ist, daß zwischen denselben ein so himmelweiter Unterschied besteht. Weshalb sind in diesem reichen Amerika Tausende von Menschen ergebnislos? Die Republikaner und Demokraten lägen dem Volke abwechselnd etwas vor von Schuhyoll und Freibandel oder sonstigen, ganz nebenbei Dingen, welche Schuld seien an den sozialen Missethänden. Die Ursache liegt jedoch in der Produktionsweise. Die Produktionsweise der Kommuniten in Zoar ist ähnlich der des von Marx, Lassalle und Anderen wissenschaftlich begründeten Kommunismus. Nach dem 17. Jahre muß jeder arbeitsfähige Mann arbeiten. Die Hauptbeschäftigung ist der Ackerbau. Außerdem hat man eine Brauerei, Gerberei, Schmiede u. s. w. Lohn gibt es nicht. Jeder erhält, was er zum Leben bedarf. Durch diese Produktionsweise wird Einigkeit geschaffen. Es herrscht dort keine Konkurrenz wie bei uns. Die Konkurrenz erzeugt Haß. Der stetige Kampf des Menschen mit dem Menschen bedingt Feindschaft. Wie schon dagegen ist das Bild von Zoar. Dort ist Jeder bestrebt, der Gemeinschaft zu dienen. Ein junger Mann sagte zu mir: „Jhr

Konnte man den Sieg unserer Partei nicht ungeschehen machen, so ward er auf diese Art wenigstens verkleinert. Indef, das war nur lächerlich.

Aller Unbill ungeachtet, welche unsere Genossen von Seiten der Volksparteiler schon erfahren, haben dieselben in verschiedenen Wahlkreisen bei den Stichwahlen nicht nur selbst für die Kandidaten dieser Partei gestimmt, sondern auch die Wähler aufgefordert, für dieselben zu stimmen — im Interesse der gemeinsamen politischen Forderungen. Ohne die Hilfe unserer Genossen wären weder Schott in Stuttgart, noch Harte in Heilbronn, noch Benzmann in Dortmund und durchgebrungen. Wir verlangen keinen Dank dafür, eine solche Geschmacklosigkeit liegt uns fern, aber zur Charakteristik der Frankfurterin sei hiermit konstatirt, daß sie in ihren redaktionellen Wahlbülletins diese Thatfachen konsequent todt-schwieg. Sie, die jeden Liebesdienst, den ihr das Zentrum erwies, sorgfältig registrirte!

Das war unanständig! In Kassel stand unser Kandidat Pfannkuch mit einem Reaktionär Stößer'scher Oberpanz, in Darmstadt Müller mit einem „Heidelberger“ schlimmster Sorte, in Hanau Frohne gegen einen konservativen Agrarier zur Stichwahl; war es der „Frankfurter Zeitung“ mit ihrem Kampf gegen diese Richtungen ernst, so mußte sie ihre Anhänger auffordern, für unsere Kandidaten einzutreten. Natürlich that sie nichts dergleichen.

Aus Braunschweig, wo Bloß gleichfalls gegen einen „Heidelberger“ schießender Rouleux, einen gewissen Kuleman, in Stichwahl war, brachte sie eine Korrespondenz, in welcher der Einsender die Aufforderung der Deutsch-Freisinnigen, unter keinen Umständen für Bloß zu stimmen, sondern sich zu überlegen, ob sie Kuleman wählen oder sich der Stimme enthalten wollen, — dahin entschuldigt, es wäre denselben angesichts der „unqualifizirbaren Beschimpfungen“ unmöglich, direkt für Kuleman zu agitiren. Keine Bemerkung der Redaktion, daß es Pflicht jedes Demokraten sei, unter solchen Umständen für Bloß zu stimmen.

Das waren freilich nur Unterlassungsünden, aber absichtliche, wie wir gleich sehen werden.

In Hannover stand Genosse Reister dem Weissen Brühl gegenüber. Brief ist politisch oppositionell, wirtschaftlich und in kirchlichen Dingen ein Stodreaktionär. Bei der Stichwahl siegte Reister, die Frankfurterin schrieb nach den Grundrissen ihrer politischen Buchführung den ganzen Stimmengewinn Reister's auf Konto der Nationalliberalen und Konservativen und reklamierte die Stimmen ihrer fortschrittlichen Freunde für den Pietisten Brühl. Man glaubt, was man wünscht.

Ganz unabweisbar aber offenbarte das Sprachrohr des Herrn Sonnemann seine Gesinnung durch seine Stellung im dritten Hamburger Wahlkreise, wo unser Genosse Heinzel gegen den wiederberühmten Koloniengründer Börmann in Stichwahl stand.

Börmann war von den Visirbüchern in Hamburg in diesem Wahlkreis aufgestellt worden, um den bisherigen Vertreter desselben, den Dr. Koe, zu verdrängen. Das künstlich genährte Kolonialheer sollte auf diese Weise fruktifizirt werden. In seinen Wahlreden hatte sich Börmann als politisch durchaus gesinnungslos charakterisirt, die Wahlflugblätter seiner Partei befanden fast nur aus großen Schimpfereien auf die politischen Grundzüge des Dr. Koe. Das Mandat gelang zunächst insofern, als bei der Hauptwahl Herr Börmann einige hundert Stimmen mehr erhielt als Koe und infolgedessen mit Heinzel in Stichwahl kam.

War es den Hamburger Fortschrittler ernst mit ihrem politischen Programm, so mußten sie jetzt in der Stichwahl entweder für Heinzel stimmen oder mindestens strenge Neutralität verkünden. Dazu hatten sie umso mehr Veranlassung, als bei der Wahl von 1881 Koe nur Dank der Hilfe unserer Genossen über seinen nationalliberalen Gegner gestiegen hatte.

Das fortschrittliche Wahlkomitee hatte unter diesen Umständen nicht den Muth, allen Geboten der Ehre und Pflicht offen in's Gesicht zu schlagen, es zog sich durch den Beschluß aus der Affäre, bei der Stichwahl keine Stellung zu nehmen, sondern dies dem Ermessen der Parteigenossen zu überlassen. Dieser Beschluß war aber nur der Deckmantel für die erbärmlichste Gesinnungsstumperei. Kaum war er gefaßt, so eröffnete die fortschrittliche „Reform“ den Feldzug für Börmann, erklärte es als Pflicht des Freisinn, den bürgerlichen Kandidaten Börmann nach besten Kräften zu unterstützen.

Und so ward denn auch Heinzel trotz der bewunderungswürdigen Anstrengungen unserer Hamburger Genossen geschlagen. Sie brachten es zwar von 10,921 auf 14,624 Stimmen, Börmann dagegen erhielt 15,417 Stimmen. Am 28. Oktober hatten Koe und Börmann zusammen 14,900 Stimmen gehabt.

Dieser Sieg des nacktesten Bourgeoisinteresses wurde von der „Frankfurter Zeitung“ mit folgendem Jubel in's Juchzen begrüßt:

Feuilleton.

Aus einer kommunistischen Kolonie.

Ueber die in Amerika noch hier und da befindlichen kommunistischen Kolonien ist schon sehr viel geschrieben worden, aber meist auf Berichte von Rich Sozialisten hin. Es wird unsere Leser daher sicher interessieren, einmal eine Schilderung einer solchen Kolonie aus dem Munde eines überzeugten Sozialisten zu vernehmen. Sind wir uns auch über die wissenschaftliche Unzulänglichkeit solcher Berichte, den Kommunismus hinter dem Rücken der heutigen Gesellschaft durchzuführen, durchaus klar, wissen wir auch, daß sie eben nur solange geduldet werden können, als sie jede Berührung mit der Außenwelt möglichst vermeiden, so brauchen wir deshalb noch nicht ohne Weiteres den Stab über sie zu brechen, vielmehr erheischen es Pflicht und Interesse, auch der guten Seiten dieser Kolonien uns bewußt zu werden und den Annemärchen entgegenzutreten, die über sie im Schwange sind.

Genosse August Kettel, Berliner Ausgewiesener, hat der im Staate Ohio befindlichen Kolonie Zoar einen Besuch abgestattet, und über diesen Besuch am 19. Oktober in der Mitgliedschaft Cleveland einen sehr interessanten Vortrag gehalten. Nach einem der „New Yorker Volkszeitung“ eingesandten Referate las er ungefähr Folgendes:

„Meine Freunde! Der Ausspruch: Unser Pastor hat's gesagt, oder: Es steht in der Bibel, war früher genugsam, um irgend etwas zu beweisen und für wahr zu erachten, während heutzutage die Massen des Volkes Alles für wahr anerkennen, was ihnen schwarz auf weiß durch die Presse aufgetischt wird. Wie viele Unwahrheiten aber durch diese in's Volk getragen werden, ist mir noch nie klarer gewesen, als seit meinem Besuch in Zoar.“

Ueber die kommunistische Kolonie haben sich sehr viele Vorurtheile gebildet. So wird fälschlich behauptet, man ist dort aus einer Krippe, trägt egale Kleider, treibt Weibergemeinschaft und wer weiß, was noch Alles mehr.

Die kommunistische Kolonie Zoar, im Jahre 1817 von Schwaben gegründet, liegt 80 englische Meilen südlich von Cleveland am Zucara-wald-River. Ihre Besitzungen umfassen 8000 Acker und gehören zu den fruchtbarsten der Gegend. Die Kommune zählt 300 Köpfe.

Der aufmerksame Beobachter, welcher sich kurze Zeit unter diesen von der übrigen Gesellschaft abgeschlossenen Kommuniten aufhält, schießt sich durch den Umgang mit denselben wohlthuend berührt.

Die Kinder sind wohl erzogen, junge Leute nicht so roh und unflätig, so daß man Frauen und rohe Keden nicht zu hören bekommt. Sie sind höflich, beschämen und gebildet. Es gibt dort zwei Schulen. Eine für die kleinen Kinder und eine für die reifere Jugend, welche letztere von den Kindern bis zum 17. Lebensjahre besucht werden kann.

Die reiferen Männer, denen die Pflicht der Arbeit obliegt, sind heiter und munter, denn Sorgen und Kummer kennen sie nicht. An auffallendsten fällt der Unterschied in Betreff der alten, nicht mehr arbeitsfähigen Leute in dieser Kommune und außerhalb derselben Gesellschaft auf. Während denselben hier, falls sie nicht schon früher dahingeschieden, größtentheils ein trauriges Loos bevorsteht, sieht man die Greise dieser Kommune frohen Muthes und in guter Stimmung. Sie leben, trotzdem sie nicht mehr zu arbeiten nöthig haben, gerade so gut wie die übrigen, denn sie haben ja ein Recht auf's Leben, da sie in ihren jungen Jahren ihre Pflicht erfüllt haben.

Die Frauen fühlen sich auch gar wohl. Ihnen ist dort ihre gleichberechtigte Stellung zugewiesen. Sie besorgen den Hausstand und benähen

seid freier, aber wir sind glücklicher.“ Nachdem ich ihm jedoch ein Bild unserer modernen Lohnsklaverei gezeichnet hatte, fand er, daß er auch noch viel freier sei als wir.

Allerdings hat diese Kolonie auch ihre Schattenseiten, und die Wissenschaft beweist, daß eine solche Kolonie auf die Dauer nicht bestehen kann. Viele der jungen Leute dieser Kommune werden von dem äußeren Schein der übrigen Gesellschaft befohlen und wollen reifen. Kleine Reisen sind ihnen, allerdings mit beschränkten Mitteln, auch erlaubt. Der Berseher mit der übrigen Welt und der blendende äußere Schein erweckt den Wunsch, auch so auftreten zu können wie manche Andere. Deshalb verlegen sich die jungen Leute in Zoar jetzt bereits auf die Spekulation und suchen Mittel und Wege zu finden, wie sie für sich etwas nebenbei verdienen. Diese Spekulation ist das erste Gift, welches in die Kommune eingeführt ist und schließlich den Ruin derselben zur Folge haben wird.

Einzelne junge Leute treten auch aus, aber fast ausschließlich lehnen diese, gewöhnlich heruntergekommen und enttäuscht, zurück und sind dann die zuriückgebliebenen Kommuniten.

Auch nach anderer Seite hin steht der Entwicklung einer solchen Kommune ein Hinderniß entgegen. Die geschlechtliche Kreuzung der verschiedenen Gattungen der Pflanzen und Thieren Veredelung erzeugte, so ist dies bei den Menschen nicht minder notwendig. Da nun die Ehen dieser Kolonisten größtentheils untereinander abgeschlossen werden, so kann dies ebenfalls auf die Nachkommen keinen guten Einfluß ausüben.

Wie ganz anders würde es sein, wenn das kommunistische Produktionssystem im Allgemeinen eingeführt würde. Alle Risiken, welche sich bei kleinen Kolonien nicht abmenden lassen, müßten verschwinden.

Alle Arbeiter haben daher ein Interesse daran, der Abschaffung unseres heutigen und der Errichtung eines kommunistischen Systems die Wege zu ebnen. Nur durch den Arbeiter ist die Umgestaltung zu bewerkstelligen. Marx sagt: „Die Befreiung des Arbeiters muß das Werk der Arbeiterklasse sein.“

Soweit Genosse Kettel.

Was uns in seinem Bericht am Bemerkenswerthesten erscheint, ist die Aneuerung des Kommunismus von Zoar, daß man in der kommunistischen Kolonie jedenfalls glücklicher, im Grunde aber auch freier lebe als draußen, in der „freien“ Gesellschaft. In der That, diese bürgerliche Freiheit besteht für neun Zehntel der Bevölkerung nur in der Einbildung. Es ist deshalb so überaus lächerlich, wenn die Verteidiger der heutigen Gesellschaft behaupten, der Kommunismus vernichte die „persönliche Freiheit“. Ungefehrer, der Kommunismus, wie wir ihn erstreben und wie er als Produkt der modernen Entwicklung überhaupt nur möglich ist, dieser Kommunismus wird erst die persönliche Freiheit herstellen. In der That, in dem Maße, als die Persönlichkeit die Herrschaft des Zufalls ausübt, und das vermag am besten die kommunistische Gesellschaft, umso mehr hört auch der Zwang der Verhältnisse auf, der heute für neun Zehntel der Gesellschaft die Freiheit zu einer erbärmlichen Lüge macht. Das wollen aber die Bourgeois von heute ebensowenig begreifen wie die Karlisten.

\*) „Aber Zufall, das ist nur der eine Pol eines Zusammenhanges, dessen anderer Pol Nothwendigkeit heißt.“ Fr. Engels, Der Ursprung der Familie x., S. 141.

legen unserer erbärmlichen Gesellschaftsordnung oder richtiger - Unordnung sind, das wird selbst von Herrn Sonnemann nicht mehr bestritten werden können, seit er sich im letzten Wahlkampf mit dem bündelhaften Pathos des geschwollenen Geldproben dem Kandidaten der Sozialdemokratie gegenüber als Vertreter des von der Umwälzung bedrohten Bürgerthums aufgespielt hat.

Und wie steht es mit dem politischen Gebiet? Ist nicht gerade durch die Fortschrittspartei die heutige „Reaktion“ erst möglich geworden? Hat die Fortschrittspartei nicht 1866, nachdem sie jahrelang den reaktionären Krautjunker Bismarck des Verfassungsverstoßes anklagte, ihm „das Kaiserreich des Eiddruses“ auf die Stirne gedrückt hatte, in ihrer partikularistisch preussischen Großmannsjucht den Siegen im „Bruderkrieg“ zugejubelt, und hintennach nicht bloß für den „Bruderkrieg“, sondern auch für den „Verfassungsverstoß“ und „Eiddruse“ Inkenntnis (Verzeihung und Billigung) erteilt?

Und waren es nicht etwa diese Siege im „Bruderkrieg“, durch welche Bismarck erst in den Sattel kam und in die Möglichkeit versetzt wurde, die seinem reaktionären krautjunkerlichen Wesen entsprechende reaktionäre innere Politik durchzuführen?

Die Bismarck'sche „Reaktion“ ist im wahren Sinne des Wortes von der Fortschrittspartei großgezogen worden. Dem „Bruderkrieg“ von 1866 folgte mit Naturnothwendigkeit der „heilige Krieg“ von 1870/71, der, unter dem frenetischen Jubel der Fortschrittspartei, das Gebäude der Bismarck'schen Politik kränzte und dem reaktionären krautjunkerlichen Wesen entsprechende reaktionäre innere Politik durchzuführen ließ.

Als 1870 diese Folge des „heiligen Krieges“ von unseren Vertretern vorausgesagt ward, ertönte von sämtlichen Bänken des Reichstags widerstrebendes Geschrei, und wohl das lauteste von den Bänken der Fortschrittspartei.

Das damals von dem sozialdemokratischen Redner vorausgesagt ist, das Wort eingetroffen, und was haben die Fortschrittler gethan? Haben sie ihr Anrecht und ihre Verblendung eingesehen und die begangenen Sünden wieder gutzumachen versucht?

Wit Nichten! Wohl haben sie in unmaßigen Reden gegen die „Reaktion“ gebonnert und auf die Bismarck'sche Wirklichkeit losgeschlagen, allein es waren Worte, Worte, Worte. Vor Thaten hatten und haben die Fortschrittler keine Gewaltige Schen, sie thaten nichts, und bewilligten sogar dem reaktionären Krautjunker Bismarck mit tadelloser Pünktlichkeit alle Jahre den Staatshaushalts-Etat, das ist: die Mittel zur Durchführung der „Reaktion“.

In einer Anwandlung von Aourage proklamirte das Haupt der Fortschrittspartei, der große Windstich Eugen Richter, einmal das: „Fort mit Bismarck!“; sobald ihn aber Bismarck deshalb zur Rede stellte, verlegte der tapfere Eugen, wie ein vom Vexier aus irgend einer Unart entpuppter Schlingens, sich auf's Weigern — er wollte nie etwas Keckliches gesagt haben (obgleich er es vor versammeltem Reichstag gesagt und hernach in seinem Blatt zum Ueberfluß noch geschrieben hat) und flüchtete sich in die famose Zweifelstheorie, nach welcher Bismarck nur auf dem Gebiete der inneren Politik ein „Reaktionär“ ist, auf dem Gebiete der äußeren Politik dagegen der größte aller Staatsmänner, die je gelebt haben und noch leben werden, und ein Mann ganz nach dem Verge der Fortschrittspartei.

Während man also die „reaktionäre“ innere Politik Bismarck's auf's Heftigste angreift, erhebt man seine äußere Politik in die Wolken und verleiht das Adalichste, ihm das Ansehen zu verleihen, dessen er zur Durchführung seiner „reaktionären“ inneren Politik bedarf!

Und wenn ein paar Duzend dieser fortschrittlichen Weichhirsche und Konfusionsräthe im Wahlkampfe erlegen sind, soll das ein Nutzen sein für die „Reaktion“!

Kindliches Gefasel. Von der tausendfachen Verleumdung der demokratischen Prinzipien durch die Fortschrittspartei, von dem Votum der „28“ zu Gunsten des Sozialengesetzes und anderen ähnlichen Verrätherien wollen wir hier gar nicht reden. Genug, daß wir in kurzen Umrissen gezeigt haben, wie diese Fortschrittler es gerade sind, welchen Bismarck seine reaktionären Erfolge oder Erfolge in der Reaktion verdankt.

Von der Volkspartei brauchen wir gar nicht zu reden. Ist — oder was (suumus Trost!) — sie doch stets bloß ein Anhängel der Fortschrittspartei, trotz der kleinlichen Händereien zwischen Sonnemann und Richter — Zankereien, die rein persönlichen Ursprungs waren und mit Prinzipienfragen absolut nichts zu schaffen hatten.

Freut Bismarck sich über die Niederlage der Fortschrittler — je nun, das ist seine Sache; die Zeit wird kommen, wo er sie eben so gern wieder zur Macht bringen wird, wie jetzt die vor 6 Jahren „an die Wand gebrachten“ Nationalliberalen.

Für die freiheitliche Entwicklung der Dinge ist es ein wahres Glück, daß die Fortschrittspartei mit ihrem völksparteilichen Anhängel in die Fanne gehauen worden ist. Sie hat der Sozialdemokratie nur in die Wege verperrt, und die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, welche das Zeug hat, mit der „Reaktion“ fertig zu werden. „Mag es uns auch“ — rief Liebknecht vor der Frankfurter Stimmwahl in der Riesenerkennung des Saalbauers Herrn Sonnemann und dessen Freunden zu — „mag es uns auch unter den obwaltenden Verhältnissen in mancher Beziehung lieber sein, einem Konfessionen oder Nationalliberalen im Kampfe gegenüberzustehen als einem bürgerlichen Demokraten, so ist es doch eine Nothwendigkeit, daß die bürgerliche Demokratie, welche die Konsequenzen des demokratischen Prinzips nicht ziehen will oder kann, von der konsequenten Demokratie der Sozialdemokratie verdrängt wird, welche auf wirtherlich-politischem wie politischem Gebiet die Konsequenzen des demokratischen Prinzips zieht. Nur die Sozialdemokratie ist im Stande, der Reaktion wirklich und gründlich zu steuern. Damit sie dies kann, müssen aber die Mittelparteien verschwinden, die zwischen uns und den Feinden des Volkes stehen und uns verhindern, ihnen aus den Leib zu rücken. Was Fortschrittspartei und Volkspartei nicht vermocht haben, die Sozialdemokratie wird es erreichen: die Herrschaft des demokratischen Prinzips. Weg mit den Mittelparteien! Das ist der Wahrspruch, den das deutsche Volk am 28. Oktober abgegeben hat. Wäge Frankfurt ihn bedürigen!“

Frankfurt hat ihn beherzigt. Und daß die Sozialdemokratie an die Stelle der Fortschrittspartei und bürgerlichen Zwitterdemokratie rückt, das bedeutet das Lobengesänge der Reaktion!

— Zur Grund- und Bodenfrage. Die Zeitungen veröffentlichten jetzt die Ergebnisse der am 5. Juni 1882, gleichzeitig mit der Berufszählung, aufgenommenen landwirtschaftlichen Berufszählung. Dieselben sind noch mehr als für die übrigen Parteien für uns von Interesse.

Raffen wir zunächst die Zahlen über die Vertheilung des Grundbesitzes folgen.

„Deutschland hatte nach der Ausnahme vom 5. Juni 1882 im Ganzen 5,276,344 landwirtschaftliche Betriebe, welche zusammen eine Fläche von 40,178,681 Hektaren bearbeiten, worunter 31,868,972 Ha. Acker- und Gartenland, Wiese, kultivirte Weide, Obstgärten und Weinberge, sowie 4,951,973 Ha. Holzland. Unter diesen 5,276,344 landwirtschaftlichen Betrieben befinden sich 2,323,316 Einzelwirtschaften (44.03 Prozent der Gesamtzahl) mit einer Flächengröße unter einem Hektar, und 4,043,238 Einzelwirtschaften (76.62 Prozent der Gesamtzahl) mit einer Flächengröße unter fünf Hektar, d. h. nicht einmal 20 preussische Morgen. Auf diese Betriebe unter fünf Hektar Flächengröße kommt durchschnittlich nur eine Flächengröße von 1.48 Ha., also kaum 5.8 preussische Morgen. Die Zahl der Betriebe zwischen 5 und 10 Ha. Flächengröße beträgt 554,174, d. h. 10.5 Prozent der Gesamtzahl, dann folgen 372,431 Betriebe oder 7.06 Prozent der Gesamtzahl mit einer Flächengröße zwischen 10 und 20 Ha., weiter 239,887 Betriebe oder 4.5 Prozent der Gesamtzahl mit einer Flächengröße zwischen 20 und 50 Ha., ferner 41,823 Betriebe oder 0.8 Prozent der Gesamtzahl mit einer Flächengröße zwischen 50 und 100 Ha. Sodann sind noch zu verzeichnen 11,033 Betriebe oder 0.21 Prozent der Gesamtzahl mit einer Flächengröße zwischen 100 und 200 Ha., 9,814 Betriebe oder 0.18 Prozent der Gesamtzahl mit einer Flächengröße zwischen 200 und 500 Ha., weiter 3,629 Betriebe oder 0.07 Prozent der Gesamtzahl mit einer Flächengröße zwischen 500 und 1000 Ha. und endlich nur 515 Betriebe oder 0.0097 Prozent der Gesamtzahl mit einer Flächengröße von 1000 Ha. und darüber. Rechnen wir alle Betriebe über 50 Ha. Flächengröße zusammen, so ergibt sich nur eine

Zahl von 66,614 Einzelwirtschaften oder 1.24 Prozent der Gesamtzahl. Von Interesse ist ferner die Angabe der Statistik, daß von den selbstständig landwirtschaftlich treibenden Personen 3,222,270 oder, wenn wir die Zahl der selbstständigen Landwirthe als mit der Zahl der Betriebe übereinstimmend annehmen, 61 Prozent (!) außer der Landwirtschaft nach einem oder mehreren Erwerbszweigen als Haupt- oder Nebenberuf ausüben. Nicht weniger als 712,668 Landwirthe oder mehr als 13 Prozent der Gesamtzahl treiben ein selbstständiges industrielles, handels- oder Verkehrsgewerbe ohne Gehältern, 982,436 Landwirthe oder fast 19 Prozent der Gesamtzahl treiben nebenher landwirtschaftliche oder sonstige Tagelöhnererei, und zwar fallen diese Tagelöhner fast ausschließlich unter die Betriebe mit weniger als 5 Hektar Flächengröße. Als industrielle Hilfsarbeiter sind 626,547 selbstständige Landwirthe oder fast 12 Prozent der Gesamtzahl beschäftigt, ferner treiben 157,306 Landwirthe oder 3 Prozent der Gesamtzahl nebenher Gast- oder Schankwirtschaft, 37,085 Landwirthe sind im Fuhrwesen thätig, 52,977 Landwirthe oder 1 Prozent der Gesamtzahl treiben Getreidemüllerei, 8674 Landwirthe ferner sind nebenher Brauweinbrenner. Sehr bemerkenswerth aber ist, daß von den Brauweinbrennerei treibenden Landwirthen 3670 oder fast 68 Prozent auf Betriebe über 10 Ha., die meisten auf Betriebe zwischen 20 und 50 Ha., entfallen.“

Vor allen Dingen sehen wir hier wiederum, wach kolossaler Procentsatz der Landbevölkerung seiner Klassenlage nach zum Proletariat gehört, und daß es nur einer planmäßigen Agitation bedarf, um diese Leute für uns zu gewinnen. Die 626,547 „selbstständigen Landwirthe“, die nebenbei (!) industrielle Hilfsarbeiter sind, die 982,436 Landwirthe, die nebenbei landwirtschaftliche oder sonstige Tagelöhnererei betreiben, können naturgemäß von keiner Partei Wahrung ihrer Interessen erwarten, als von der Sozialdemokratie. Das sind bereits 31 Prozent aller sogenannten selbstständigen Landwirthe. Wie viel von den 13 Prozent, die ein selbstständiges handels- oder Verkehrsgewerbe betreiben, weiter nichts sind als Hausarbeiter, die ein Stück Land besitzen, ist nicht gesagt; wenn wir aber lesen, daß 44.03 Prozent der Gesamtzahl aller Landwirthe unter einem Hektar Grundbesitz haben, so beantwortet sich diese Frage von selbst, denn von einem Hektar Grundbesitz kann eine Familie nicht leben. Aber auch die Besitzer von fünf Hektaren und darunter haben kein Interesse an dem heutigen Stand der Dinge: es sind Kleinbauern, die bei einer Verringerung der Produktionsweise nur gewinnen können, so daß wir getrost behaupten dürfen: Drei Viertel aller selbstständigen Landwirthe müßten, wenn sie ihre Klassenlage begriffen haben, sich der Sozialdemokratie anschließen.

Und sie müßten aufgestellt, müssen gewonnen werden, wenn unsere Sache siegen soll. Gewiß ist schon Manches in dieser Beziehung geschehen, und zweifelsohne haben eine ganze Anzahl von Kleinbauern diesmal sozialistisch gewählt. Aber es muß mehr geschehen, darüber sind wir wohl alle einig. Dazu ist aber nöthig, daß die Genossen durch die Vermittelung des Zentralorgans sich die Erfahrungen mittheilen, welche sie bei der Agitation auf dem Lande gemacht.

Wir werden bei der Wichtigkeit der Sache noch oft auf dieses Thema zurückkommen. Für heute nur noch so viel:

Nach der obigen Statistik fallen gegen 99 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe auf solche unter 50 Hektaren, während nur 1 Prozent über 50 Hektaren Land enthalten. Dieses eine Prozent aber repräsentirt insgesamt eine Fläche von 9,836,249 Hektaren Getreideland, während die 99 Prozent nur 3,747,677 Hektaren Getreideland, also wenig mehr als ein Viertel des ganzen Getreidelandes repräsentiren.

Diese Zahlen reden eine so deutliche Sprache, daß selbst der schlechteste Landproletarier sie verstehen wird.

— Unsere Feinde sind kuriose Leute. Sie haben eine erschreckliche Angst vor uns, und trotzdem behaupten sie fortwährend, daß wir im „Kudgang“ oder gar in der Auflösung begriffen sind. Wir mögen thun und lassen, was wir wollen, es mag geschehen was will — wir sind „im Kudgang“, „in der Auflösung“. Natürlich jetzt nach unserer Wahlerfolge erst recht. Die Siege, welche wir erfochten haben und die sich nicht wegleugnen lassen, sind „Pyrrhus'siege“, an denen wir zu Grunde gehen müssen. Gerade, daß wir unsere Stimmenzahl verdoppelt, in allen Mittelpunkten des politischen Lebens solch gewaltige Stimmenmassen aufgebracht haben — gerade das ist unser Verderben. Daß es in Deutschland 700,000 Männer über 25 Jahre alt geben kann, welche den sozialdemokratischen Lehren und Anstrebungen huldigen, das ist einfach unmöglich. Die größte Mehrheit dieser 700,000 sind durchaus keine Unzufriedene, sie wollen eine friedliche Sozialreform, und, wenn sie statt für die Kandidaten des Bismarck, der ja die Sozialreform will, zu stimmen, für die Kandidaten der Sozialdemokratie, welche die Bismarck'sche Sozialreform nicht will, gestimmt haben, so ist der Grund einfach darin zu suchen, daß in den Arbeiterkreisen noch immer ein gewisses Mißtrauen gegen die Reichsregierung obwaltet, das aber unweifelhaft bald geschwunden sein wird. Den Thatfachen kann Niemand sich verschließen. Und so werden die Arbeiter sich von der Sozialdemokratie abwenden — und dann ist es aus mit der Sozialdemokratie. Jetzt schon lassen sich Zeichen der Auflösung entdecken. An persöhnlichen Orten beabsichtigen die sozialdemokratischen Wähler bei den Stichwahlen für konervative Kandidaten zu stimmen (natürlich nicht wohl!) u. s. w. Kurz — die Sozialdemokratie hat sich zu Tode gesetzt, wenn man die reaktionären Blätter liest. Nun — wir gönnen unsern Feinden das kindliche Vergnügen, und hoffen, daß wir uns noch recht oft zu Tode siegen mögen. Ein solches Sterben ist schon — das lassen wir uns gern gefallen.

— Der erste Gruß, mit dem Bismarck den neuen Reichstag begrüßte, war ein solcher Fuhrtritt: die Eisenbahnreisenden sind jetzt bereit ausgepackt, daß die Abgeordneten nur noch zwischen ihrem Wohnort und Berlin freie Fahrt haben, gewissermaßen Zwangsrouten.

Deutlicher kann man einer Körperkraft wohl kaum seine Mißachtung bezugen, als durch diese Neuerung. Von Sparankheitsgründen zu reden wäre abgeschmackt; im Reichstat, wo die Millionen für alle möglichen Zwecke nur so herumfliegen, spielen die zirkul 48,000 Mark, welche die Freireisen bisher jährlich gekostet, die Rolle einer Lappalie. Wie man aber der einzigen auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes erwähnten Körperschaft Deutschlands bisher beharrlich die Dintenverweigerer — beiläufig sehr charakteristisch für die Arbeiterfreundlichkeit, daß man es Arbeitern fast unmöglich macht, ein Mandat anzunehmen! — so ist jetzt auch diese Vergünstigung noch zu viel. Wunders thut uns nur, warum man die Repräsentanten nicht je nach der Parteistellung der betreffenden Abgeordneten für die verschiedenen Eisenbahnklassen ausgetheilt hat. Indeß, vielleicht kommt auch das noch.

Ob sich im Reichstat eine Majorität zusammensuchen wird, um auf diese liebenswürdige Begrüßung bei erster Gelegenheit die passende Antwort zu haben? Schmeichelt. Wissen doch die Organe der äußersten bürgerlichen Opposition schon jetzt nichts Besseres zu thun als das Karrikell zu fuchen, welches zu dieser Neuerung den Vorwand gegeben. Das ist die rechte Art, mit Bismarck fertig zu werden.

— Man weiß nicht, was man bei den Nationalliberalen mehr bewundern soll: ihre Verlogenheit oder ihr dickes Fell. Während sie überall da, wo sie mit uns in Stichwahl kamen, unsere Partei in der infamsten Weise verleumdeten und beschimpften, wußten sie da, wo sie uns unsere Stimmen bettelten, oder aus Reid gegen ihre bürgerlichen Konkurrenten unsern Sieg wünschten, uns nicht liebenswürdig genug hinzustellen. Zwei Proben mögen genügen.

Im „Obenwälder Voten“ erschien an Tage vor der Stichwahl zwischen Liebknecht und dem Nationalliberalen Schloßmacher ein Wahlauftrag der Nationalliberalen, in welchem es wörtlich hieß:

„Die Namen der Nordgesellen Hddel, Robbing, Kammerer, Stellmacher, Schent, Schloßmacher tragen das Gepräge des Feindes, der Sozialdemokratie nämlich, die sich nicht scheut, öffentlich zu bekennen, daß ihr Weg nur über Blut und Leichen führt, recht deutlich an sich. Die Nordgesellen eines Schent, der dem Leben harmloser Menschen menschenlich ein Ende setzt, feiert die genannte Partei als ruhmvolle Heldenthat.“

Schent war der Hallente, der in Wien eine Reihe von leichtgläubigen Mädchen betrog und hinterher ermordete. Auch dieses Schmutz, dessen „Vorsten“ damals die Kunde durch die korrupte Bourgeoisepresse machte, wurde uns an die Rockschöße gedrückt; kluglicherweise einen Tag vor der Wahl, wo eine Ueberlegung nicht mehr möglich war.

Wie anders in Hannover, wo unser Genosse Reister gegen den Welfen Bräuel in Stichwahl war. Da wurden Reister und seine Wähler in Briefen an die „Königliche Zeitung“ in einer Weise losjohirt, daß man hätte meinen sollen, unsere hannoverschen Genossen seien thätlich die schimpflichsten Leisetreter von ganz Deutschland. Und das, nachdem im Wahlflugblatt unserer hannoverschen Genossen die national-liberale Partei folgendermaßen charakterisirt worden war:

„Diese Partei der Charakterlosigkeit und politischen Deuscherei ist tot und bereits in Jähling gerathen. Durch das bekannte Heidelberger Programm sind sie völlig zu den Konservationen übergelaufen. Ihr Führer, der „große“ Rudolf von Bennigsen, ist nicht Minister geworden, sondern von Bismarck schmählich an die Wand gedrückt und hat infolge dessen die Spitze in's Korn geworfen. Seine Verlassenen „Getreuen“ sind nur eine Anzahl von Hanswursten. Die Hundemethode der Nationalliberalen ist durch das bekannte „geflügelte“ Wort ihres früheren Parteigenossen Bamberger: „Gunde sind wir ja doch!“ sprichwörtlich geworden. Ihrer erbärmlichen Feigheit und Charakterlosigkeit ist es zu verdanken, daß die Reaktion in Deutschland so stark geworden ist. Sie unterscheiden sich von den Konservationen nur dadurch, daß diese vor Bismarck's Krawallerfesteln auf den Knien liegen, während die Nationalliberalen auf dem Bauch rutschen. Deshalb wird ihnen das Volk am 23. Oktober den wohlverdienten Fuhrtritt versetzen. Wenn sie dann endlich einsehen sollten, daß die Wähler nicht mehr von ihnen wissen wollen, so können ja diese „begeisterten“ Anhänger der Kolonialpolitik nach Angra Poquena und Klein-Popo oder unfertwegen auch zu den „Buschleppern“ auswandern.“

Man bemerke danach die Dickhäutigkeit der Nationalliberalen. Unsere hannoverschen Genossen „keine Sozialdemokraten!“ sie, in deren Flugblatt es wörtlich heißt:

„Ueber unsere Stellung zu der sogenannten Bismarck'schen „Sozialreform“ haben wir folgendes zu bemerken: Wenn die Regierung dem Reichstage Gesetze vorzuschlagen würde, welche wirklich geeignet wären, die Lage der Arbeiter zu verbessern, so würden unsere Abgeordneten dieselben annehmen, ohne indessen auch nur einen Augenblick unser großes Endziel, die Beseitigung der Klassenherrschaft, aus den Augen zu verlieren. Die bisher vom Reichstage fabrizirten sozialpolitischen Gesetze (Krankenkassen- und Unfallversicherungsgesetz) sind indessen so hundertbärmlich schlecht, daß unsere Vertreter nothgedrungen dagegen stimmen mußten. Die Regierung bemüht sich vergeblich, die Arbeiter durch die sogenannte „Sozialreform“ zu verführen. Mit der einen Hand schwingt sie die Peitsche, mit der andern reicht sie uns das Zuckerbrod. Wir rufen ihr zu: „Dein Zuckerbrod verachten wir, Deine Peitsche zerbrechen wir!“

„Zwischen den Urhebern des Sozialistengesetzes und der deutschen Sozialdemokratie ist keine Verständigung möglich.“

Wir brauchen wohl nicht erst zu bemerken, daß unsere Abgeordneten einstimmig gegen das Tabaksmopol stimmen würden, wenn diese „Lieb-lingsidee“ des Kanzlers wieder aufstehen sollte. Der ganze Staatssozialismus, wie er heute von der Regierung und den Konservationen betrieben wird, ist der reinste Schwindel. Man will Deutschland auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete zum reinen Kalorienkasten machen. Dies muß um jeden Preis vermindert werden. Eine Zukunft hat einzig und allein der demokratische Sozialismus, welcher den Staat und die Arbeit der Staatsbürger auf demokratischer, freiwirtschaftlicher Grundlage organisiren will.“

Kann man deutlicher, kann man kräftiger reden? Man bemerke danach die Verlogenheit, die dazu gehört, von Reister zu sagen, er sei „eigentlich“ ein Anhänger der Bismarck'schen „Sozialreform“!

Wahrlich, da wird einem die Entscheidung schwer, was größer: Verlogenheit oder die Diste der Epidermis.

Um so leichter aber wird uns die Wahl zwischen Lob und Beschimpfung von Seiten der Nationalliberalen. Keinen Augenblick stehen wir an, uns für Letztere zu erklären.

Beschimpft uns, so viel als ihr wollt und könnt, verleumdet uns, so gemein ihr es nur vermindert, nur sagt von uns nicht, daß wir euch nahe stehen, nur bringt uns nicht in den Verdacht, eure Genossen zu sein. Euer Lob ist der größte Schimpf, den man uns antun kann.

— Unser Nürnberger Sieg von den Gegnern beurtheilt. Am Abend der Stichwahl ließ sich der Hauptredner der Nürnberger Ordnungspartei, Professor Günther, folgendermaßen über das Resultat derselben aus (wir zitiren nach einem Bericht der liberalen „Kugsburger Abendzeitung“):

„Ich wollte, daß ich heute mit anderen Gefühlen diese Worte an Sie richten könnte, heute, wo wir nach einer Anstrengung, wie sie großartig von den reichthumlichen Wählern dieses Wahlkreises noch nie gemacht worden, doch eine Niederlage zu verzeichnen haben. Wir hatten den besten Mann auf unserm Schilde gehoben, den Mann, dessen Name mit dem bayerischen und deutschen Parlamentarismus seit Jahrzehnten aufs Innigste verbunden ist. Und doch war dieser Name nicht stark genug, die unheimlichen Kräfte zu überwinden, die gegen uns gekämpft haben! Mit jenem französischen König nach erlittener Niederlage aber rufen wir: Alles verloren, nur die Ehre nicht! Die Ehre Nürnbergs ist glänzend gewahrt durch die Kupferingung, die im Kampfe an den Tag gelegt wurde wie nie zuvor. Hier werden die Stimmen nicht gemoggen, sondern gekämpft, und in diesem Kampfe gegen die plumpe Zahl ist die Intelligenz unsrer Stadt unterlegen. Sollen wir darum mathlos werden? Nein, wir werden das nächstmal gerade so tapfer wieder erscheinen auf dem Plan, und bis dahin heißt es rafflos weiter gekämpft gegen den Geist der Vögel! Was uns über die Niederlage insonderheit trösten kann und was mehr werth ist als selbst ein Erfolg des Augenblicks, das ist, daß sich zum Stichwahltag Nürnbergs Bürgerchaft voll und ganz wiedergefunden hatte, daß aller Hader gegenüber der Allen gemeinsamen Liebe vom Vaterlande gewichen war, daß alle wahren Bürger für die gute Sache eingetreten sind. Wir können mit Stolz sagen: Es war keiner zurückgeblieben, Alle waren da auf ihrem Posten! Und wenn wir trotzdem nicht gefiegt haben, so sind wir daran nicht selbst Schuld, sondern jene finstern Mächte, gegen welche anzukämpfen sich vorläufig als aussichtslos erwiesen hat. Wird dies aber stets so sein? Nein! Auch die Sozialdemokratie wird ihre Hochfluth haben, und diese Hochfluth wird sich verlaufen!“

Nun, wir gönnen Herrn Günther und seinen Gleichgesinnten diesen Trost; vorläufig wird es wohl mit dem „verlaufen“ noch ein Weilschen dauern. Die Redensarten von der „plumpen Zahl“ und den „Stimmen, die gemoggen werden müssen“, nehmen sich von Seiten einer Gesellschaft, die mit allen Mitteln der Demagogie gegen eine an Händen und Füßen gefesselte Partei kämpfte, zu lächerlich aus, als daß wir uns bei ihnen aufhalten sollten. Nur so viel sei bemerkt, daß Herr Günther, der frühere fortschrittliche Vertreter Nürnbergs, noch heute ein Hauptstahn der Fortschrittler ist. Welch eine Partei!

— Wie die Pfaffen wider uns gewählt haben. Einer Zuschrift aus dem Kölner Landkreis entnehmen wir folgendes: „In Kall, wo sechs unserer Genossen gemahregelt sind, hat der dortige Pfaffe in der Kirchenlehre den Kindern erklärt, daß die Sozialdemokraten böse Menschen wären und seinm geistreichen Vortrag mit den Worten geschlossen: Wehe, wehe über Euch und Eure Väter, wenn sie Hebel wählen, dann müßt Ihr barfuß zur Hölle gehen! In Rippes hat der Kaplan heut vor 14 Tagen von der Kanzel heruntergepolkelt, man solle doch nicht den bösen Sozialdemokraten glauben, die wollten Abschaffung der Religion, und führte für das Märchen von der Theilung folgendes an: Man solle sich einen armen Beamten denken, der jahrelang sich für seine Familie gekümmert und gespart (?!), dann, wenn die Sozialdemokraten an's Ruder kämen, wollten sie mit ihm theilen.“

Hilft aber Alles nicht; es geht doch vorwärts!

— Leipzig, den 13. November. Die „Reichstreuen“ im Landkreis sind noch immer ganz aus dem Häuschen. Daß sie so gründlich wurden geschlagen werden, das hatten sie nicht gedacht. Herr Deine läuft herum, wie vor den Kopf geschlagen. Aber auch in der Stadt sind die Reichstreuen, trotz ihres Sieges, nichts weniger als siegesfröhlich. Die ungeheure Vermehrung der sozialdemokratischen Stimmen liegt ihnen doch schwer im Magen, und Nationalliberale und Konservative streiten sich, wem von ihnen beiden das größere Stück des gemeinsamen Kandid-

